

## INHALT

Die wirtschaftliche Lage in Österreich	1
Erhebung zur kurzfristigen Prognose des österreichischen Fremdenverkehrs	10
Ergebnisse des Investitionstestes vom Herbst 1973	18
Das Preisverhalten im Konjunkturverlauf	32
Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen	

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Entspannung des Arbeitsmarktes — Differenzierung der Industriekonjunktur nach Branchen — Steigende Preise für Energie — Rasches Wachstum des Außenhandels — Liquidität im Kreditapparat weiterhin knapp — Vorübergehende Abschwächung des Preisauftriebes auf der Verbraucherstufe — Kräftiger Lohnauftrieb**

Die Tendenz einer allmählichen Entspannung der österreichischen Konjunktur setzte sich in den letzten Monaten — wenn auch eher zögernd — fort, die Differenzierung zwischen einzelnen Branchen und Betrieben hat sich verstärkt. Der Nachfragedruck verringerte sich etwas in der Bauwirtschaft und den ihr vorgelagerten Branchen, im Fremdenverkehrsgewerbe und in der Bekleidungsindustrie, also nicht in den Branchen, die Konjunkturabschwächungen sonst als erste anzeigen; die Entspannung dürfte dort eher mit der Kreditrestriktion, der De-facto-Aufwertung des Schilling, den starken Preiserhöhungen und der integrationsbedingten Wettbewerbsverschärfung zusammenhängen. In der Investitionsgüterindustrie ist die Inlandsnachfrage schwach, doch dürfte sie über nennenswerte Aufträge verfügen, die erst später ausgeliefert werden. Die Auslandsnachfrage entwickelt sich derzeit trotz der Aufwertung und der Konjunkturabkühlung in Westeuropa und Amerika recht günstig und stützt gemeinsam mit der privaten Konsumnachfrage die Konjunktur. Die leichte Entspannung zeigt sich derzeit in den Arbeitsmarktindikatoren stärker als in der Produktion, eine Entwicklung, die im Ausland

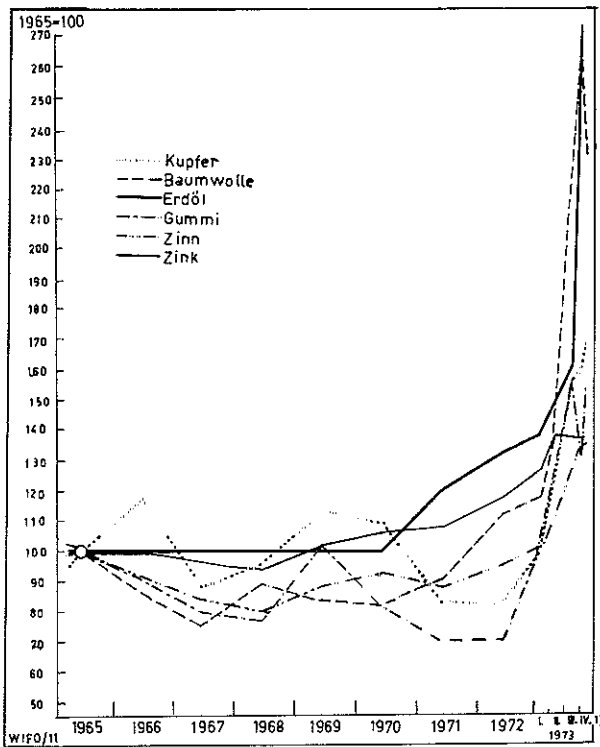
schon zwei Jahre früher zu beobachten war, bisher jedoch nur unzureichend erklärt werden konnte<sup>1)</sup>.

Die Entwicklung in den nächsten Monaten wird vor allem von der Auslandsnachfrage und vom Investitionsverhalten der Unternehmer abhängen. Direkte Produktionseinschränkungen im Gefolge der „Ölkrise“ sind jetzt weniger zu befürchten als noch vor wenigen Monaten. Allerdings hat das Pendel der öffentlichen Meinung in der Einschätzung der Ölsituation nach der Besserung der mengenmäßigen Versorgung etwas zu stark in die optimistische Richtung ausgeschlagen: Es wird vielfach vergessen, daß die Schwierigkeiten mit einer Übernachfrage nach Erdöl begannen, teils als Folge des strukturbedingt steigenden Importbedarfes der USA, teils wegen des Konjunkturgleichschrittes der westlichen Industriestaaten. Dadurch stiegen die Preise von Erdöl wie auch von anderen Rohstoffen kräftig (siehe Abbildung 1), noch bevor die Förderländer versuchten, die Produktion zu drosseln. Da sich die Versuche einer künstlichen Angebotsverknappung als ziemlich

<sup>1)</sup> Siehe dazu: *OECD, Economic Outlook 14* (Dezember 1973) S. 32 f.

Weltmarktpreise

Abbildung 1



WIFO/11  
 ) Wert Oktober und Wert November

kurzlebig erwiesen und die Preise ihren Höhepunkt erreicht haben dürften, werden nun offenbar Lager aufgelöst, die zur Erzielung von Gewinnen aus Preissteigerung angelegt worden waren. Dieses zusätzliche Angebot und die konjunktur- wie preisbedingt langsamer wachsende Nachfrage haben die Versorgungslage entspannt. Die strukturelle Ölknappheit wird sich aber erst in dem Maße bessern, als bestehende Fördermöglichkeiten erheblich stärker genutzt, neue Quellen erschlossen und Substitutionsprozesse eingeleitet werden. Daher werden die Ölpreise auch nicht wieder auf das Niveau des Jahres 1972 sinken, wenn sich auch ihr gegenwärtiges Niveau längerfristig kaum halten lassen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industriestaaten — und damit auch Österreichs — wird von der Ölsituation dreifach beeinflusst: Erstens über die Preise, zweitens über die Leistungsbilanz und drittens über die Investitionsneigung. Selbst wenn die Rohölpreise im Laufe des Jahres wieder etwas zurückgehen sollten, werden sie etwa doppelt so hoch sein wie 1973 und damit Preisniveau und Produktionsstruktur der Industriestaaten erheblich beeinflussen. Vor allem müssen jene Länder mit kräftigen Preissteigerungen rechnen, die einen großen Teil ihres Energiebedarfes durch Importe von Erdöl und Erdölprodukten decken („Abhängigkeitsquote“ in Übersicht „Importabhängigkeit der Indu-

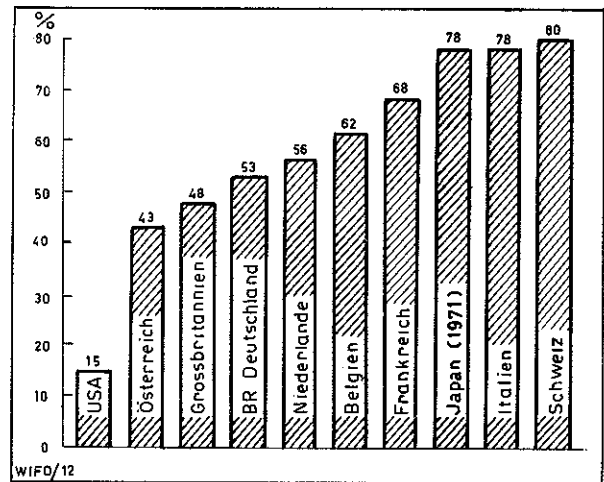
Importabhängigkeit der Industrieländer 1972

	Anteil des Erdöles an den Primärenergieträgern	Netto-Importe in % des gesamten Erdölangebotes	Abhängigkeitsquote <sup>1)</sup> in %
USA	46,7	32,5	15,2
Kanada	53,5	-6,3	.
Japan	75,2 <sup>2)</sup>	103,4 <sup>2)</sup>	77,8 <sup>2)</sup>
BR Deutschland	55,4	95,0	52,6
Frankreich	68,9	98,1	67,6
Großbritannien	48,5	98,1	47,6
Italien	78,8	98,9	77,9
Belgien	62,8	98,6	61,9
Niederlande	58,5	94,8	55,5
Österreich	55,5	77,2	42,8
Schweiz	79,9	99,8	79,7

Q: Berechnet aus OECD Oil Statistics 1972 — <sup>1)</sup> Anteil der Netto-Importe an Erdöl am gesamten Primärenergieangebot — <sup>2)</sup> Werte 1971; durch Lagerbewegungen etwas verzerrt

Abbildung 2

Abhängigkeitsquote der Energieversorgung von Rohöl- und Produktenimporten 1972



strieländer 1972“), wie die Schweiz (80%), Italien, Japan (je 78%) oder Frankreich (68%); in Österreich ist die Abhängigkeitsquote niedriger als in den anderen Industriestaaten (43%), so daß hier auch geringere Preiseffekte erwartet werden können.

Die Belastung der Leistungsbilanz der europäischen Industriestaaten durch teurere Erdölimporte wurde von der OECD auf 25 bis 30 Mrd. \$ geschätzt, für Österreich allein auf 6 bis 7 Mrd. S (siehe Übersicht „Wirkung der Ölpreiserhöhung auf die Leistungsbilanz 1974“). 1% bis 1½% des Brutto-Nationalproduktes müssen somit für zusätzliche Zahlungen an die Erdölproduzenten aufgewendet werden und können im Inland nicht verteilt werden, was die Aufgaben der Einkommenspolitik sicherlich nicht erleichtern wird; Versuche, die Belastung durch aufeinanderfolgende Preis- und Lohnanpassungen weiterzuwälzen, werden das Inflationklima weiter anheizen. Auch birgt die Passivierungstendenz in den Leistungsbilanzen der Industriestaaten die Gefahr

**Wirkung der Ölpreiserhöhung auf die Leistungsbilanz 1974**

	Netto- (importe <sup>1</sup> ) Milli Barrels	Mehraufwand für Rohölimporte <sup>2</sup> ) Milli US-\$
USA	2 025	9 500
Kanada	0	0
Japan	1 710	8 000
BR Deutschland	1 070	5 000
Frankreich	975	4 750
Großbritannien	925	4 700
Italien	790	3 750
Belgien	280	1 325
Niederlande	300	1 425
Österreich	65	300
Schweiz	140	675
OECD insgesamt	9 400	4 500

Q: OECD. — <sup>1</sup>) Rohölimporte + 2 1/2% verglichen mit 1973 — <sup>2</sup>) cif-Importpreis 8 70 US-\$ per Barrel Preiserhöhung 5 05 US-\$ per Barrel. Wechselkurse vom Dezember 1973.

von konkurrierenden Exportförderungs- und Abwertungswettläufen; Indizien in dieser Richtung geben die Einstellung der Interventionen zugunsten des Yen und in der Freigabe des Franc-Kurses Mitte Jänner.

Die *Investitionsneigung* schließlich wird durch die Unsicherheit über die mengenmäßige Versorgung, über die Entwicklung der Ölpreise und über die Möglichkeiten der Weiterwälzung der höheren Kosten sicherlich nicht gefördert; Investitionsvorhaben im Energiebereich zur Anpassung an die neue Energielage sowie als Folge der jüngsten Autarkiebestrebungen werden zur Realisation sicherlich etwas länger brauchen und daher auf die Investitionsquote 1974 noch ohne nennenswerten Einfluß bleiben.

Die Folgen von Ölpreiserhöhung, Passivierung der Leistungsbilanz und Investitionsflaute auf die Wachstumsrate lassen sich noch schwerer quantifizieren als die direkten Effekte einer mengenmäßigen Ölverknappung; international rechnet man mit einem wachstumsdrückenden Effekt von etwa 2 bis 2 1/2 Pro-

zentpunkten (gegenüber der „ölkrisenfreien“ Herbstprognose), also mit einem Wachstum in den europäischen OECD-Staaten von etwa 2% (nach 6% im Jahre 1973); der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich von 8% auf etwa 9% beschleunigen. Es ist daher unwahrscheinlich, daß die Auslandsnachfrage nach österreichischen Waren weiterhin so rege bleiben wird wie in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres, wenn auch die De-facto-Abwertung des Schilling (siehe Übersicht „Wertveränderung des Schilling“) in den letzten Monaten die österreichische Konkurrenzlage weiter verbessern wird.

Die leichten Entspannungstendenzen der österreichischen Wirtschaft waren an der Jahreswende auf dem Arbeitsmarkt am deutlichsten ausgeprägt, dem in letzter Zeit wohl angespanntesten Bereich. Schon seit dem Sommer nimmt die Zahl der *Stellenangebote* saisonbereinigt leicht ab, die der *Arbeitslosen* leicht zu. Im November und Dezember, den beiden letzten statistisch erfaßten Monaten, gab es erstmals seit Herbst 1968 wieder weniger offene Stellen und deutlich mehr Arbeitslose als im Vorjahr (siehe Übersicht „Arbeitsmarkt“). Absolut blieb die Entspannung allerdings gering: die Zahl der Arbeitslosen (60 800) ist insgesamt nur gering höher, die der vollvermittlungsgerechten (31 900) nach wie vor erheblich niedriger als die der Stellenangebote (52 400), das Niveau entspricht etwa dem des Hochkonjunkturjahres 1971. Die Entspannungstendenz konzentrierte sich auf die Bauwirtschaft und die ihr vorgelagerten Branchen, die Bekleidungsindustrie und die Fremdenverkehrswirtschaft. Keine Entspannungstendenzen zeigen sich nach wie vor in der *Beschäftigung*. Ende 1973 gab es 2,631 800 Unselbständige, um 102 500 (4%) mehr als im Vorjahr<sup>1</sup>). Der Rückgang seit November (34 500) war schwächer als saisonbedingt zu erwarten gewesen wäre. Die Zahl der *Fremdarbeiter* (248 100) blieb in den letzten Monaten annähernd konstant; der Vorjahrsabstand verringerte sich dadurch von 43 100 im Juni auf 34 900 im Dezember. 1974 soll die Zahl der Fremdarbeiter auf 250 000 begrenzt werden, was im Jahresdurchschnitt eine Steigerung um rund 15 000 bis 20 000 Personen zuläßt.

**Wertveränderung des Schilling**

	Wertveränderung des Schilling	
	gegenüber Westeuropa <sup>1</sup> )	gegenüber US-\$
	Veränderung gegen die Vorperiode in %	
1971	+0 19	+ 3 48
1972	+0 60	+ 8 06
1973, Jänner	+0 14	+ 0 12
Februar	+0 54	+ 6 29
März	+0 95	+ 5 61
April	+0 29	- 0 45
Mai	+0 15	+ 1 62
Juni	+1 83	+ 6 80
Juli	+3 42	+10 89
August	-0 49	- 3 78
September	-0 16	- 0 49
Oktober	-0 08	+ 0 44
November	-0 83	- 5 97
Dezember	-0 05	- 2 68
1974, Jänner <sup>2</sup> )	-1 44	- 4 85

<sup>1</sup>) Gewichtet mit Exportanteilen. — <sup>2</sup>) 1. bis 15. Jänner 1974.

**Arbeitsmarkt**

	Oktober 1973	November 1973	Dezember 1973	Stand Ende Dez 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr 1.000 Personen			
Beschäftigte	+102 7	+105 8	+102 5	2 631 8
Arbeitslose	+ 0 2	+ 0 6	+ 9 1	60 8
Offene Stellen	+ 1 8	- 0 9	- 4 6	52 4

<sup>1</sup>) Ob der anhaltend hohe Vorjahrsvorsprung im Dezember auch institutionelle Ursachen hat, wie z. B. verspätete Meldung und Aufarbeitung, läßt sich derzeit nicht beurteilen.

In der Industrie zeigten sich Entspannungstendenzen nur in einer stärkeren Differenzierung nach Branchen und in einer leichten Verringerung der Kapazitätsauslastung seit dem Sommer. Die Produktion wuchs in den letzten beiden Jahren ziemlich gleichmäßig, wenn man von den Mehrwertsteuer-effekten absieht, die die Expansion im Herbst 1972 kurzfristig beschleunigte und jetzt den Vorjahrsabstand drücken (November  $+4\frac{1}{2}\%$  gegen  $+6\frac{1}{2}\%$  im 1. Halbjahr). Die Auftragslage ist nach der seit Oktober 1972 erhobenen Auftragsstatistik des Statistischen Zentralamtes recht günstig. Im Oktober waren die Auftragseingänge der Industrie um 12% höher als die Produktion, die Auftragsbestände deckten die Produktion für mehr als dreieinhalb Monate und reichten damit etwa ebensoweit wie während des Mehrwertsteuerbooms im Oktober des Vorjahres. Wie auch die Branchenstruktur vermuten läßt, dürfte dafür vor allem die kräftige Ausweitung der Auslandsaufträge maßgebend gewesen sein. Gerade die exportabhängigen Branchen, die von einer Nachfrageabschwächung sonst früher und stärker betroffen sind als andere, wuchsen im November am raschesten: Magnesitindustrie ( $+18\%$ ), Elektroindustrie ( $+23\%$ ) und Papierindustrie ( $+13\%$ ). Die Stahlindustrie lastete zwar ihre Kapazitäten voll aus, die Auftragseingänge zeigen jedoch sinkende Tendenz, und im Edelstahlsektor liegt der Inlandsabsatz unter dem Vorjahrswert. Die chemische Industrie erzeugte um 10% mehr als im Vorjahr, obwohl die Düngemittelproduktion deutlich unter dem (vorkaufsbedingt) überhöhten Vorjahrswert lag.

Im Gegensatz zu den exportabhängigen Branchen zeigen die primär inlandsorientierten Zweige Entspannungstendenzen: Die Produktion der Stein- und keramischen Industrie blieb um 7% unter dem Rekordwert des Vorjahres, die Auftragseingänge haben sinkende Tendenz. In der Glasindustrie werden Nachfrageabschwächungen der bauabhängigen Sparten durch Kapazitätserweiterungen für Glasfasern und einen Boom bei Glasschmuck überdeckt; die inländischen Auftragsbestände sind niedriger, die Auslandsaufträge höher als ein Jahr zuvor. Die Produktion fertiger Investitionsgüter stagniert; nach der kräftigen Investitionskonjunktur der Jahre 1969 bis 1972 sind die Ausrüstungsinvestitionen 1973 nicht weiter gestiegen, obwohl die Investitionsquote hoch blieb. Die Maschinenindustrie konnte ihr Vorjahrs-ergebnis im November nicht erreichen, trotz wertmäßig um fast ein Viertel höherer Exporte; das steigende Arbeitsvolumen, der hohe Auftragsbestand (mehr als eine Jahresproduktion) und der steigende Auftragseingang lassen vermuten, daß in dieser Branche Großprojekte in Arbeit sind, die erst später ausgeliefert werden. Im Fahrzeugbereich ( $-16\frac{1}{2}\%$ ) blieb insbesondere die Produktion von Investitions-

gütern und Fahrrädern unter dem Vorjahrsniveau. Der Bekleidungssektor leidet unter dem langsamen Wachstum der inländischen Nachfrage und einer sich öffnenden Schere zwischen Exporten und Importen. Die Konkurrenten in den EG-Staaten, die selbst über geringe Auslastung klagen, konnten im ersten Integrationsjahr Marktanteile zurückgewinnen, die sie während der EFTA-Integration verloren hatten; die Auftragslage der österreichischen Bekleidungsindustrie war allerdings nicht ungünstig.

**Industrieproduktion je Arbeitstag**

	Okt. 1973	Nov. 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Bergbau und Grundstoffe	+ 0,2	+ 4,5
Investitionsgüter	- 0,5	+ 0,3
Konsumgüter	+ 4,5	+ 7,2
Industrieproduktion ohne Elektrizität	+ 2,0	+ 4,4
Elektrizität	+ 19,3	+ 3,7
Industrieproduktion	+ 3,0	+ 4,3

Der Energie markt war im November durch hohe Verbrauchszuwächse, sinkende Energievorräte bei Produzenten und Importeuren, günstige Produktionsbedingungen für die Elektrizitätswirtschaft sowie Verknappungserscheinungen und Preiserhöhungen auf dem Mineralölsektor gekennzeichnet. Die kühle Witterung (7% mehr Heizgradtage), die lebhaftere Industrieproduktion und der rasche Lageraufbau bei den Verbrauchern vergrößerten die Nachfrage nach Energie sprunghaft. Das Angebot konnte damit kaum Schritt halten.

Der Stromverbrauch (ohne Pumpstrom) stieg um  $7\frac{1}{2}\%$ , merklich rascher als in den Vormonaten (Juli bis Oktober  $+5\frac{1}{2}\%$ ). Die Stromversorgung blieb günstig: Die Flüsse führten überdurchschnittlich viel Wasser, der Erzeugungskoeffizient lag im November — wie schon im Oktober — um 5% über dem langjährigen Durchschnitt, die Wasserkraftwerke lieferten 19% mehr Strom als im Vorjahr. Da außerdem mehr Strom importiert ( $+26\%$ ) als exportiert ( $+11\%$ ) wurde, konnte die kalorische Erzeugung um 9% verringert und dadurch Heizöl gespart werden; die hohen Lager mußten nicht angetastet werden.

Der Absatz von Mineralölprodukten wurde durch das Angebot begrenzt, das allerdings trotz der internationalen Erdölverknappung um  $9\frac{1}{2}\%$  gesteigert werden konnte. Die Käufe von Benzin und Heizöl (je  $+6\%$ ) wuchsen wegen des knappen und teureren Angebotes sowie dank verschiedenen nachfragedämpfenden Maßnahmen schwächer als in den Vormonaten (Jänner bis Oktober: Benzin  $+9\%$ , Heizöl  $+8\frac{1}{2}\%$ ), der Absatz von Gasöl ( $+20\%$ ) expandierte rascher (Jänner bis Oktober  $+16\frac{1}{2}\%$ ). Die Importe von Rohöl und Fraktionen für die Weiterverarbeitung sanken im November wegen der Exportbeschränkungen in den

OPEC-Staaten mengenmäßig um 17%, kosteten allerdings um 40% mehr als im Oktober und um 57% mehr als im Vorjahr (am teuersten waren libysches und russisches Öl). Die Raffineriekapazität konnte dennoch voll genutzt werden, weil die Lager merklich abgebaut wurden. An Mineralölprodukten wurden 30% mehr importiert, doch war die Entwicklung nach Produkten stark differenziert: Die Importe von Heizöl stiegen um 28%, die Importe von Gasöl erhöhten sich auf mehr als das Zwanzigfache, dagegen sank die Benzineinfuhr um 4%.

**Energieverbrauch**

	September 1973	Oktober 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Kohle . . . . .	-15,7	
Elektrizität <sup>1)</sup> . . . . .	+ 2,9	+ 5,8
Erdölprodukte . . . . .	+ 4,6	+ 8,6
Erdgas . . . . .	+ 2,7	+ 6,6

<sup>1)</sup> Gesamtwasserversorgung Wasser- und Wärmekraft; ohne Pumpstrom.

Die Landwirtschaft stockte 1973 den *Viehbestand* auf: Nach den vorläufigen Ergebnissen der allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember stieg der Gesamtwert (zu konstanten Preisen) um 4%. Die Ausweitung des Bestandes an Rindern (+4 1/2%), insbesondere von Jungstieren (+7%) läßt für 1974 ein weiteres Ansteigen des Rindfleischangebotes erwarten. Vor allem in den ersten Monaten wird der Angebotsdruck stark sein, da die unbefriedigende Absatzlage an der Jahreswende einen Rückstau an schlachtreifen Stieren entstehen ließ (Schlachtstiere zwei Jahre und älter +52 1/2%). Auch die Zahl der Kühe (+1 1/2%) ist zum ersten Male seit sechs Jahren wieder gestiegen. Die Aufstockung des Schafbestandes (+14%) geht zum Teil auf die Belegung der Nachfrage nach Schaffleisch durch Gastarbeiter zurück. Der Schweinebestand (+1%) hat sich seit dem Vorjahr nur geringfügig erhöht; die Maul- und Klauenseuche hinterließ keine signifikanten Spuren: Das vom Seuchenzug am stärksten betroffene Bundesland Niederösterreich verzeichnete eine durchschnittliche Zunahme des Schweinebestandes. Unterdurchschnittlich war lediglich der Zugang an Ferkeln in den Monaten Oktober und November (+2 1/2% gegen +6 1/2% im Bundesdurchschnitt). Die Sauenbelegungen wurden jedoch in diesem Zeitraum weiter forciert (trächtige Sauen: Niederösterreich +5%, Österreich +3%).

Die *Fleischproduktion* war im November weit höher als im Vorjahr (+18%): Für Schweinefleisch (+6%) bestand weiterhin ein Nachfrageüberhang, der Rindermarkt (+28 1/2%) wurde zum Käufermarkt. Dadurch verschoben sich auch die Preisrelationen zwischen Rindern und Schweinen auf dem Wiener Markt von 1 : 0,8 im November 1972 auf 1 : 1,1 im November

1973. Das könnte Umschichtungen in der Fleischproduktion auslösen, wenn auch der Anreiz zur Ausweitung der Schweinehaltung derzeit durch die hohen Preise für Futtermittel gedämpft wird.

Die *Milchlieferung* war im November um 1/2% höher als im Vorjahr. Der höhere Kuhbestand läßt in den nächsten Monaten eine Steigerung der Milchproduktion erwarten.

**Landwirtschaft**

	Marktproduktion <sup>1)</sup>	
	Oktober 1973	November 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Rindfleisch . . . . .	+16,5	+ 28,7
Kalbfleisch . . . . .	+30,1	+ 43,3
Schweinefleisch . . . . .	+ 5,6	+ 6,0
Jungmasthühner . . . . .	+22,5	+ 36,9
Fleisch insgesamt . . . . .	+11,7	+ 18,0
Milch . . . . .	- 2,6	+ 0,4
Brotgetreide <sup>2)</sup> . . . . .	+ 4,4	+ 4,5

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Kumulierter Wert seit Beginn des Wirtschaftsjahres (1. Juli 1973).

Der *Verkehr* entwickelte sich im November unterschiedlich: Die Bahn leistete im *Güterverkehr* insgesamt um 2% weniger n-t-km, und zwar im Binnen- und Außenhandelsverkehr um 2 1/2% weniger, im Transit um 1/2% mehr. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß — bei gleicher Zahl von Arbeitstagen — ein Ladetag weniger zur Verfügung stand als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Güterwagen war um 3% geringer, Ausfälle von Kunstdünger- und Baustofftransporten konnten durch überdurchschnittliche Nachfrage nach Wagen für Kohle-, Zuckerrüben- und Eisentransporte nicht kompensiert werden. Dank günstigem Wasserstand wuchs das Transportaufkommen von DDSG und COMOS stärker (+11 1/2%) als im bisherigen Jahresverlauf (+8%). Im Südostverkehr wurden um 27%, im Westverkehr um 6% mehr Gütertonnen befördert. Im *Personenverkehr* dürfte die Bahn 17% mehr n-t-km geleistet haben, die Betriebseinnahmen stiegen um 20%; Bahnbusse beförderten um 8% mehr Personen. Die Zahl der Passagiere im Luftverkehr von und nach Österreich wuchs um 23%, im Transit um 5%.

Im *Fremdenverkehr* begann die Wintersaison dank der frühen Schneefälle in den wichtigsten Wintersportorten günstig: Die Zahl der Nächtigungen war im November um 9% höher als im Vorjahr (Inländer +10%, Ausländer +7%). Auf die gesamte Entwicklung des Reiseverkehrs blieben diese Ergebnisse jedoch ohne größeren Einfluß, da der November der weitaus schwächste Fremdenverkehrsmonat ist. Die Deviseneinnahmen stiegen auch nur um 3%, die Devisenausgänge wuchsen weiterhin sehr stark (+34%), sie sind jedoch durch Fremdarbeitertransfers, die sich in einem Monat geringen Fremden-

**Verkehr**

	Aug. 1973	Sept. 1973	Okt. 1973	Nov. 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Güterverkehr n-t-km (Bahn und Schiff)	+ 7,2	+ 6,7	+ 10,5	
Beförderte Personen (Bahn und Omnibusse)	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 17,4
Neuzulassungen von Personenkraftwagen einschließlich Kombifahrzeuge	- 12,7	+ 44,4	- 16,4	- 32,2

verkehrs besonders stark auswirken, nach oben verzerrt

Die Umsätze des Einzelhandels profitierten im November von Angstkäufen und vom frühen Termin des ersten vorweihnachtlichen Verkaufsamstages; sie waren um 13 1/2% (real 8%) höher als im Vorjahr. Wie im Oktober wurden aus Angst vor Verknappung und Preissteigerungen Lebensmittel (Mehl, Reis, Zucker, Speiseöl), Benzin und Heizöl auf Vorrat gekauft: Die realen Umsätze waren im Lebensmitteleinzelhandel um 8% (III. Quartal +4 1/2%), im ländlichen Gemischtwarenhandel (hoher Lebensmittelanteil) um 9% (5%) höher als im Vorjahr, der Brennstoffhandel verkaufte real 23% mehr (III. Quartal -1/2%). Die Vorratskäufe können auf fast 200 Mill. S geschätzt werden, 4 1/2% der Novemberumsätze der betroffenen Branchen und 1 1/2% der gesamten Einzelhandelsumsätze. Auch ohne Angstkäufe wäre der Zuwachs (real 6%) etwas höher gewesen als im III. Quartal (+5%), weil der vorweihnachtliche Verkaufsamstag die Nachfrage in anderen Branchen belebte: Die realen Umsätze von Bekleidung nahmen um 5% zu (III. Quartal -1 1/2%), Hausrat und Artikel des Wohnbedarfes wurden ebenfalls um 5% (+3%) mehr verkauft. Auch Leder- und Galanteriewaren, Sportartikel und Spielwaren sowie Parfümerie- und Drogeriewaren gingen besser als im III. Quartal, wenn auch schlechter als im Oktober. Die Wareneingänge des Einzelhandels waren trotz der Absatzbelebung sehr schwach. Der Fachhandel ohne Tabakwaren (Umsatzsteigerung 11 1/2%) kaufte nur um 5% mehr ein als im Vorjahr, seine Lager waren Ende November um 5% niedriger als im Vorjahr<sup>1)</sup>.

Nach der kurzen Belebung im Oktober war der Geschäftsgang im Großhandel im November wieder sehr schwach. Nur nominell waren die Nettoumsätze (ohne Mehrwertsteuer) um 7% höher als die Bruttoumsätze und um 17% höher als die Nettoumsätze vor einem Jahr (III. Quartal +5 1/2%, +15%). Der reale Zuwachs halbierte sich auf 2%, da sich der Preisanstieg merklich verstärkte. Agrarprodukte wurden um 2%, Rohstoffe und Halberzeugnisse um 1% weniger

<sup>1)</sup> Wie alljährlich wurde der vom Institut berechnete Lagerindex des Facheinzelhandels auf Grund nachträglich verfügbarer Daten rückwirkend für 1972 und 1973 korrigiert

**Umsätze des Groß- und Einzelhandels**

	Oktober 1973	November 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Großhandel <sup>1)</sup> insgesamt	+ 8,3	+ 6,9
davon Agrarerzeugnisse Lebens- u. Genußmittel	+ 6,0	- 0,4
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+ 8,1	+ 9,7
Fertigwaren	+ 7,0	+ 4,1
Sonstiges	+ 17,8	+ 23,6
Einzelhandel insgesamt	+ 14,5	+ 13,3
davon kurzlebige Güter	+ 14,9	+ 14,4
langlebige Güter	+ 11,9	+ 8,0

<sup>1)</sup> Ab Jänner 1973 ohne Mehrwertsteuer.

verkauft als im Vorjahr; Fertigwaren, die schon bisher überdurchschnittlich gut gingen, erzielten um 5% höhere reale Nettoumsätze.

Im Außenhandel scheint sich im Oktober und November auf den ersten Blick eine Schere zwischen Importen und Exporten geöffnet zu haben: Die Exporte wuchsen erheblich rascher als bisher (+23 1/2% +21%), die Importe viel langsamer (+8%, +6%). Das geht jedoch allein darauf zurück, daß sich das Importwachstum im Vorjahr durch mehrwertsteuerbedingte Vorziehungen sehr stark, das Exportwachstum jedoch nur mäßig beschleunigte. Schaltet man beide Faktoren aus, wächst der Außenhandel seit Herbst in beiden Richtungen etwas rascher, und zwar zumindest zum Teil auch mengenmäßig und nicht nur als Folge stärkerer Verteuerung (insbesondere von Rohstoffen und Halbwaren).

Der Sog der ausländischen Nachfrage kam allen Warengruppen der österreichischen Ausfuhr etwa gleichermaßen zugute: Die Rohstoffexporte wuchsen weiterhin am raschesten, es folgten Halbfertigwaren und Konsumgüter; Investitionsgüter sowie Nahrungs- und Genußmittel hingegen blieben nach wie vor stark zurück. Im Detail entwickelten sich die einzelnen Gruppen aber ziemlich uneinheitlich: so gingen von der Gruppe Maschinen und Verkehrsmittel Maschinen sehr gut, Verkehrsmittel schlecht, von den konsumnahen Fertigwaren Feinmechanik und Schuhe gut, Bekleidung schlecht, von den Halb- und Fertigwaren Papier-, Holz- und Metallwaren gut, Kautschuk- und Lederwaren schlecht; die Exporte von chemischen Erzeugnissen und Rohstoffen wuchsen rascher, die Ausfuhr von Energie schrumpfte. Die Regionalstruktur der Ausfuhr änderte sich kaum, nur Osteuropa und die Entwicklungsländer bezogen überproportional viel.

Das Importwachstum verschob sich — vor allem wegen der Preissteigerungen — zugunsten der Position Rohstoffe, die auch die Energieträger enthält. Am zweitschnellsten wuchsen die Nahrungs- und Genußmittel, wodurch die bisher am schnellsten wachsenden Halb- und Fertigwaren an die dritte

Stelle verdrängt wurden Am schlechtesten entwickelte sich weiterhin der österreichische Importbedarf an Investitionsgütern, insbesondere von Verkehrsmitteln. Diese Verschiebungen prägen auch die Regionalstruktur: Die Importe aus den Entwicklungsländern wuchsen am stärksten, aus den europäischen Industriestaaten wurde nur wenig mehr bezogen

**Außenhandel<sup>1)</sup>**

	Oktober 1973			November 1973		
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Ausfuhr insgesamt	9 93	+23 6	+23 4	10 10	+21 1	+20 0
davon						
Investitionsgüter	2 12	+16 4	+16 0	2 26	+16 0	+21 4
Konsumgüter	4 17	+22 0	+22 0	4 18	+20 6	+10 6
Einfuhr insgesamt	12 98	+ 7 9	+ 7 3	13 10	+ 6 3	+ 5 6
davon						
Investitionsgüter	2 56	+ 5 7	+ 2 7	2 48	- 6 9	- 9 7
Konsumgüter	5 34	+ 2 8	+ 2 8	5 11	+ 4 0	+ 4 0

<sup>1)</sup> Ohne Aus- und Einfuhr von Flugzeugen und Schiffen im Reparaturverkehr. Kursivwerte sind nicht korrigierte Werte.

Das Defizit der Handelsbilanz war im November mit 3 1 Mrd. S um rund 1 Mrd. S niedriger als im Vorjahr, als der Mehrwertsteuerbedingte Nachfrageboom einen starken Importsog ausgelöst hatte. Infolge höherer Lohntransfers der Gastarbeiter (im Posten Reiseverkehr enthalten) blieb aber das Defizit der Leistungsbilanz (rund 2 1/2 Mrd. S) nur um 3/4 Mrd. S unter dem Vorjahrswert. Gleichzeitig verstärkte sich infolge höherer Auslandskredite und durch Erwerb ausländischer Obligationen der Kapitalabfluß in das Ausland, so daß die Verluste an Währungsreserven (-2 7 Mrd. S) nur wenig schwächer waren als im Vorjahr.

**Zahlungsbilanz**

	1972		1973	
	Okt	Nov.	Okt	Nov.
	Mrd. S			
Leistungsbilanz	-2 78	-3 26	-2 10	-2 49
davon Handelsbilanz	-4 21	-4 09	-3 13	-3 08
Dienstleistungsbilanz	+1 36	+0 66	+0 95	+0 38
Grundbilanz	-2 83	-3 39	-4 43	-3 37
Veränderung der Währungsreserven	-2 14	-3 00	-3 78	-2 68
davon Notenbank	-1 18	-3 16	-2 09	-2 85
Kreditunternehmungen	-0 96	+0 16	-1 68	+0 16

Die Liquiditätslage des Kreditapparates war gegen Jahresende angespannt, nachdem sie sich im November vorübergehend entspannt hatte: Die befristete Mindestreservesenkung setzte 3 3/4 Mrd. S frei und ermöglichte eine Verringerung der Kassenliquidität um 5 7 Mrd. S auf 17 2 Mrd. S. Die Notenbankverschuldung Ende November war um 0 3 Mrd. S höher als Ende Oktober, im arbeitstägigen Durchschnitt ging sie allerdings um 1 3/4 Mrd. S zurück.

Längerfristige Fremdmittel wurden saisonbedingt vom Kreditapparat abgezogen (1 5 Mrd. S gegen 1 1 Mrd. S im Vorjahr), und zwar vor allem Termineinlagen; Spareinlagen wurden sehr viel weniger abgehoben als im Vorjahr (Vorkaufswelle!), andererseits mußten die Kreditinstitute heuer auch eigene Emissionen zurücknehmen. Die Kreditexpansion war mit 4 4 Mrd. S weiterhin um gut ein Drittel schwächer als im Vorjahr, die Zwölfmonats-Zuwachsratesank von 14% im Oktober auf 12 1/2% (November 1972: 20 1/2%), wodurch die kreditpolitische Leitlinie um 1/2 Prozentpunkt überschritten wurde (ohne Bauparkassen blieb sie um 1/3 Prozentpunkt darunter). Andererseits kaufte der Kreditapparat heuer mehr Bundesschatzscheine und sonstige Wertpapiere als im Vorjahr.

Die hohen Anleiheemissionen drückten im November auf die Kurse und ließen die Sekundärmarktrenditen weiter steigen (um knapp 1/4 Prozentpunkt auf 8 46%). Im Dezember schwächte sich die Nachfrage des Publikums nach Neuemissionen deutlich ab, die Kreditunternehmungen mußten bis zu drei Viertel des Angebotes in ihr Portefeuille übernehmen. Auf dem Sekundärmarkt erholten sich die Kurse gegen Jahresende merklich, als die neuen Bestimmungen über die Abfertigungsrücklage den Erwerb älterer Titel stimulierten. Auf dem Aktienmarkt setzte sich im November und Dezember die Tendenz abbröckelnder Kurse fort, sie dürfte aber zur Jahreswende zum Stillstand gekommen sein. Der Aktienkursindex fiel im November und Dezember um 1 6% und 0 8%. Von den scharfen durch die Erdölkrise bedingten Kurseinbrüchen an den ausländischen Börsen blieb der Wiener Markt verschont.

Die Steuereinnahmen des Bundes entwickelten sich im Dezember schwächer als in den vorangegangenen Monaten: Brutto gingen 13 5 Mrd. S ein, um 1% weniger als im Vorjahr<sup>1)</sup>, netto verblieben dem Bund 10 1 Mrd. S (+4%). Unter den direkten Steuern (+5 1/2%) wuchsen Lohnsteuer (+4%) und gewinnabhängige Steuern (Einkommensteuer +10%, Körperschaftsteuer -4 1/2%) erheblich langsamer als in den letzten Monaten. Die Entwicklung bei den indirekten Steuern (mit Kraftfahrzeugsteuer-Korrektur +6%) verlief uneinheitlich: Die Mehrwertsteuer brachte 10% höhere Einnahmen als Umsatz- und Beförderungsteuer im Vorjahr; die Eingänge an Investitionssteuer (0 61 Mrd. S) und die Kosten der Vorratsentlastung (0 65 Mrd. S) hielten einander die

<sup>1)</sup> Der Rückgang ergibt sich ausschließlich daraus, daß 1972 die Kraftfahrzeugsteuer-Eingänge zur Gänze im Dezember verbucht wurden. Zieht man den auf die Monate Jänner bis November entfallenden Anteil vom Dezemberergebnis 1972 ab, dann werden die Brutto-Einnahmen im Dezember 1973 nicht um 1% niedriger, sondern um 6% höher.

Waage, Zölle (-3%) und Verbrauchsteuererträge (-2½%) blieben hinter den Vorjahrswerten zurück. Die geringen Verbrauchsteuererträge sind neben den durch die Steuersenkung bedingten Mindereinnahmen an Tabaksteuer (-5½%) auf stagnierende Erträge der Mineralölsteuern zurückzuführen.

Nach den vorläufigen Ergebnissen für *Jänner bis Dezember 1973* lagen die Steuereinnahmen brutto um 5%, netto um 1% höher als 1972. Die zur Gänze dem Bund verbleibenden Steuern stagnierten 1973, die gemeinschaftlichen Bundesabgaben stiegen hingegen um 7½%, was die unterschiedliche Steigerung von Brutto- und Nettoeinnahmen erklärt. Die Zuwachsrate der Abgabenerträge wurde 1973 durch die Lohnsteuersenkung, die Einführung der Mehrwertsteuer, die damit verbundenen Wirkungen auf andere Steuern und die Zollsenkung gedrückt: Die Lohnsteuereinnahmen (+11%) erzielten die geringste Zuwachsrate seit 1968; die neue Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer einschließlich Investitionssteuer abzüglich Lagerentlastung) erbrachte nur geringfügig höhere Einnahmen (+0,5 Mrd. S) als die alte Umsatzsteuer (einschließlich Beförderungsteuer) im Jahre 1972. Die Einnahmerückgänge an Tabaksteuer und an Gebühren, die in Stempelmarken entrichtet wurden (0,8 Mrd. S), sind durch die Einführung der Mehrwertsteuer bedingt. Die Zolleinnahmen stagnierten.

Dennoch waren die Steuereinnahmen 1973 brutto um 4,8 Mrd. S und netto um 3,4 Mrd. S höher als im Voranschlag; vor allem jene Steuern, die auf Grund der Reformen Ertragseinbußen erwarten ließen und daher vorsichtig präliminiert wurden, erbrachten Mehreinnahmen. Insbesondere die Mehrwertsteuererträge waren im Voranschlag auf Grund der damaligen Prognose des nominellen Wachstums (13% statt 15½%) sehr vorsichtig geschätzt worden (Einnahmefälle im Vergleich zu 1972: 5,3 Mrd. S); tatsächlich waren die Mehrwertsteuereinnahmen, die allerdings auch noch Erträge an Brutto-Allphasenumsatzsteuer enthalten, 1973 um 13% höher als die vergleichbaren Umsatzsteuereinnahmen. Die Investitionssteuer (3,3 Mrd. S) erbrachte hingegen weniger als die Hälfte der präliminierten Einnahmen. Insgesamt sind die Umsatz-

steuereinnahmen 1973 um 6,7 Mrd. S, die Lohnsteuererträge und die Zolleinnahmen zusammen um rund 1 Mrd. S höher als veranschlagt. Den Mehreinnahmen stehen allerdings Mindereinnahmen an Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und an Gebühren von insgesamt 2,7 Mrd. S gegenüber.

Der *Preis* auftrieb hat sich am Jahresende auf der Verbraucherstufe etwas abgeschwächt, blieb aber im Großhandel und in der Bauwirtschaft sehr stark. Der Index der *Großhandelspreise* (ohne Mehrwertsteuer) erhöhte sich von November auf Dezember um 1,1% (ohne Saisonprodukte 1,3%) und lag um 14,3% höher als im Vorjahr (November +13,8%). Die Dreimonats-Veränderungsrate (ohne Saisonwaren) stieg von 5,0% (August/November) auf 6,0% (September/Dezember). Unter den Agrarerzeugnissen (+9% gegen Dezember 1972) verteuerten sich vor allem Futtermittel, Getreide und -verarbeitungsprodukte sowie Pflanzenöle und -fette. Die Preise für Roh- und Halbwaren (+22%) zogen unvermindert an: Häute und Felle wurden nach einer vorübergehenden Preisberuhigung neuerlich teurer; besonders kräftig stiegen die Preise für Chemikalien, Baustoffe, Glas und Metallbleche. Die Jahressteigerungsrate der Fertigwaren erreichte im Großhandel mit 10½% einen neuen Höhepunkt: Merklich stiegen die Preise für Eisenwaren, elektrotechnische Erzeugnisse sowie Farben und Lacke. In der *Bauwirtschaft* ist bisher keine Preisberuhigung eingetreten. Der *Baupreisindex* für Wohnhaus- und Siedlungsbau lag im IV. Quartal um 20½% über dem Vorjahrsniveau; Baumeisterarbeiten im engeren Sinn verteuerten sich fast ebenso stark wie Baunebenleistungen.

Der *Verbraucherpreisindex* erhöhte sich nach dem kräftigen Preissprung in den beiden Vormonaten von November bis Dezember nur etwa im Ausmaß der ersten Jahreshälfte (0,4%, ohne Saisonwaren 0,5%) sein Vorjahrsabstand ging leicht auf 7,8% zurück, die Dreimonats-Veränderungsrate blieb mit 2,9% nahezu unverändert. Nahrungsmittel kosteten im Dezember um 6% (ohne Saisonwaren um 5½%) mehr als im Vorjahr. Unter den landwirtschaftlichen Saisonprodukten (+10½%) waren Eier und Gemüse viel teurer als Ende 1972. Ins Gewicht fielen außerdem die Preiserhöhungen von Reis, Margarine, Schweinefleisch und Mehl (die Anhebung der amtlichen Preise für Brot und Backwaren wird erst im Jännerindex berücksichtigt). Industrielle und gewerbliche Waren (+6%) verteuerten sich weniger als in den Vormonaten; die Preise für Öfen, Geschirr, Bekleidung und Büroartikel wurden allerdings kräftig erhöht. Ungebrochen ist der starke Preisauftrieb im Dienstleistungsbereich (+13½%, einschließlich amtliche Tarife +11½%), Hotelaufenthalte und Malerarbeiten haben sich im Jahresverlauf um mehr als

**Abgabenerfolg des Bundes**

	Nov 1973		Dez 1973 <sup>1)</sup>	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Direkte Steuern	5 17	+11 2	6 86	+ 5 7
Indirekte Steuern	6 08	+ 6 4	7 13	- 6 7
Abgaben, brutto	11 25	+ 8 6	13 62	- 0 8
Abgaben, netto	7 09	- 1 1	10 13	+ 4 1

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse.



20%, Installateurarbeiten um 30% verteuert. Wohnungsmieten dagegen zeigten in jüngster Zeit keine verstärkte Auftriebstendenz (+12% Dezember 1972/73). Die Preisberuhigung im Einzelhandel dürfte nur vorübergehend sein: dafür spricht die starke Verteuerung von Fertigwaren im Großhandel und der Rückstau von Preisanträgen in der Paritätischen Kommission. Diese genehmigte für Jänner (Stahl) und Februar (Papier) Preiserhöhungen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Überdies steht im Frühjahr eine Reihe von amtlichen Preissteigerungen (Zigaretten, Benzin, Strom, Telefongebühren) bevor.

Der Lohnauftrieb blieb im Herbst kräftig, die Lohn-drift hat bereits kurz nach der Lohnrunde wieder zugenommen. Das Tariflohniveau, das im November unverändert geblieben war, erhöhte sich im Dezember durch Lohnvereinbarungen in den Mühlen und Bäckereien, der Glasverarbeitung und kleinerer Gewerbebezweige um 1/2% und lag um 13% (ohne öffentlichen Dienst 13 1/2%) über dem Vorjahrsstand. In der Industrie stiegen die Mindestlöhne im Laufe des Jahres 1973 um 15 1/2%. Die *Effektivverdienste* in der Industrie waren nach vorläufigen Angaben im Oktober insgesamt um 19 1/2% höher als 1972, da die Sonderzahlungen überdurchschnittlich zunahmen (ohne Sonderzahlungen +15 1/2%). Die Brutto-Drift

erreichte damit bereits kurz nach der Lohnrunde wieder 4%, nachdem sie im September kurzfristig negativ (-2%) geworden war. Die gleiche Tendenzumkehr zeigte — allerdings weniger ausgeprägt — die Netto-Drift: im Oktober war die Jahressteigerungsrate der Arbeiterstundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) wieder etwa gleich hoch (+15 1/2%) wie jene der Tariflohnsätze. In der Bauwirtschaft verringerte sich der Vorjahrsabstand der Durchschnittsverdienste infolge eines Rückganges der Arbeitszeit im Oktober auf 9 1/2%; die Brutto-Drift wurde damit leicht negativ. Pro Arbeitsstunde blieben jedoch Verdienststeigerung (+14%) und Lohn-drift (+4%) unvermindert hoch

**Preise und Löhne**

	Okt. 1973	Nov. 1973	Dez. 1973
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandelspreisindex <sup>1)</sup> .....	+ 9,8	+13,8	+14,3
Verbraucherpreisindex 66			
mit Saisonprodukten .....	+ 7,0	+ 8,0	+ 7,8
ohne Saisonprodukte .....	+ 7,4	+ 8,0	+ 7,8
Brutto-Monatsverdienst je Industriebeschäftigten .....	+19,6	+20,2	+15,7
Tariflohnindex 66 Industriebeschäftigte .....	+15,7	+15,3	

<sup>1)</sup> Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Mehrwertsteuer.